

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Ependiller, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/6424 –

Wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive geben

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Nicola Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5077 –

Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher für Deutschland als führenden Standort internationaler Wissenschaft, Forschung und Innovation gewinnen und halten

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6426 –

Ein weltoffenes Land für freie Wissenschaft

A. Problem

Zu Buchstabe a

Deutschland ist ein gefragter Studienstandort, der sehr gut ausbildet, es jedoch nicht vermag, qualifizierte Wissenschaftler im Land zu halten. So fehlen jetzt schon Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen. Da Einstellungen fast ausschließlich befristet erfolgen, ist eine Anstellung an einer deutschen Hochschule für ausländische und inländische Wissenschaftler wenig attraktiv. Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach werden bis 2026 rund 100.000 Ingenieure fehlen. Hauptgrund hierfür ist das im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich geringere Einkommen in Deutschland. Hinzu kommen die Befristung des Arbeitsplatzes und die Rahmenbedingungen für die Familien der Wissenschaftler.

Zu Buchstabe b

Deutschland steht in einem scharfen internationalen Wettbewerb. Auch andere Länder wie die Schweiz, Kanada, Schweden, USA, Israel oder China wissen um die hohe Bedeutung der führenden Köpfe in der Wissenschaft und Forschung. In jedem Fall muss Deutschland vermeiden, dass Spitzenkräfte dauerhaft aus Deutschland fortziehen („Brain Drain“). Auch wenn aktuelle Zahlen leider fehlen, sind es – wie aus früheren Untersuchungen deutlich wird – häufig gerade die Besten, die Deutschland verlassen oder nicht nach Deutschland zurückkehren. Auch wenn die Exzellenzinitiative die deutschen Hochschulen attraktiver gemacht hat, ist die internationale Spitze noch nicht erreicht.

Zu Buchstabe c

Die Menschheit steht heute vor Herausforderungen, die schon lange nicht mehr an Landesgrenzen halt machen. Gewaltsame Konflikte, Vertreibung, Klimakrise, Artensterben, armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten bedürfen internationaler Antworten. Die Attraktivität Deutschlands für internationale Studierende und Forschende leidet unter administrativen sowie ausländerrechtlichen Hürden. Vielerorts sind die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern noch attraktiver. Auch schreckt die mangelnde Genderngerechtigkeit im deutschen Wissenschaftssystem bislang viele internationale Spitzenbewerberinnen ab.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Rahmenbedingungen für die Anstellung von Wissenschaftlern müssen geändert werden. Hierzu sollen unbefristete Festanstellungen ermöglicht und das Gehalt von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern dem internationalen Niveau entsprechend angepasst werden. Zudem sollte, ähnlich wie in Frankreich, China und den USA, über die Einführung von Studiengebühren nachgedacht werden. Außerdem sollte die Bundesregierung ein Einwanderungsgesetz vorlegen, das an nationalen Interessen und Präferenzen ausgerichtet ist.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6424 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Um Spitzenforscher zu gewinnen, müssen die deutschen Talente bestmöglich gefördert und exzellente Wissenschaftler aus anderen Ländern gewonnen und dann

in Deutschland gehalten werden („Brain Gain“). Deutschland muss beste Forschungs- und Arbeitsbedingungen sowie stabile Perspektiven an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bieten. Um die führenden Köpfe zu gewinnen, braucht es zudem eines professionellen Recruitings, vom Headhunting bis zum langfristigen Human Resources Management. Ferner soll ein „Frühwarnsystem“ aufgebaut werden, das einerseits aufkommende frühe Trends in der Wissenschaft und Forschung sowie Gründungen, Patente und webbasierte Indikatoren von Beginn an identifiziert beziehungsweise sichtbar macht und andererseits Wanderungsbewegungen von Wissenschaftlern anzeigt, damit Deutschland bereits zu Beginn neuer Entwicklungen agieren kann.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5077 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Aufgabe der Politik ist es, die besten Bedingungen für Spitzenforschung und den freien Austausch der Gedanken zu schaffen, damit in Deutschland die klügsten Köpfe aus allen Teilen der Gesellschaft an den Lösungen für zukünftige Herausforderungen arbeiten. Dabei geht es nicht um einen nationalen Weltlauf, sondern um die Unterstützung von „Brain Circulation“ auf Augenhöhe und in beide Richtungen. Hierfür sollen auch die administrativen sowie ausländerrechtlichen Regelungen unbürokratisch, flexibel, transparent und anwenderfreundlich gestaltet werden. Zudem muss die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit zu einem wichtigen Ziel der Außen- und Menschenrechtspolitik gemacht und mit konkreten Maßnahmen untermauert werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6426 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/6424.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/5077.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/6426.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/6424 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/5077 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/6426 abzulehnen.

Berlin, den 3. April 2019

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Dr. Karamba Diaby, Dr. Götz Frömking, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Nicole Gohlke und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/6424** in seiner 72. Sitzung am 14. Dezember 2018 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/5077** in seiner 72. Sitzung am 14. Dezember 2018 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/6426** in seiner 72. Sitzung am 14. Dezember 2018 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD betont, dass Deutschland mit den anderen EU-Staaten und Europa, mit den USA und Asien in einem harten Wettbewerb um exzellente Wissenschaft und um die besten Wissenschaftler der Welt stehe. Länder wie Großbritannien, Frankreich und die USA hätten erkannt, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung wichtige Standortfaktoren seien und langfristig den Interessen ihrer Länder mehr nützten als manche anderen Faktoren. Diese Länder würden Wissenschaftler ausbilden und hervorragend qualifizierte Wissenschaftler im Land halten. Deutschland sei, nach den USA und Großbritannien, beim wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Ausland zwar ein gefragter Studienstandort, dies sei aber auch der Tatsache geschuldet, dass ein Studium in Deutschland kostenlos sei.

Die Erfolge Deutschlands basierten zu einem großen Teil auf einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und dem breit aufgestellten Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationssystem. Es fehlten allerdings jetzt schon Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen. Da Einstellungen fast ausschließlich befristet erfolgten, sei eine Anstellung an einer deutschen Hochschule für ausländische und inländische Wissenschaftler wenig attraktiv. Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach würden bis 2026 rund 100.000 Ingenieure, vor allem Elektroingenieure und Bauingenieure, fehlen. Hauptgrund hierfür sei das im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich geringere Einkommen in Deutschland. Hinzu kämen die Befristung des Arbeitsplatzes und die verbesserungswürdigen Rahmenbedingungen für die Familien der Wissenschaftler.

Um wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive zu geben, bedürfe es einer grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen. Zum einen sollte, ähnlich wie in Frankreich, China und den USA, über die Einführung von Studiengebühren nachgedacht werden. Zum anderen müssten die Rahmenbedingungen für

die Anstellung von Wissenschaftlern geändert werden. Hierzu sollten in Zusammenarbeit mit den Ländern unbefristete Festanstellungen ermöglicht und das Gehalt von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern dem internationalen Niveau entsprechend angepasst werden.

Die Bundesregierung solle u. a. aufgefordert werden:

- die Entwicklung einer in sich geschlossenen Strategie für eine Außenwissenschaftspolitik voranzutreiben und umzusetzen;
- dem Deutschen Bundestag ein Einwanderungsgesetz vorzulegen, das an nationalen Interessen und Präferenzen ausgerichtet sei;
- gemeinsam mit den Ländern neue Formate der institutionellen Förderung des Bundes und der Länder zu entwickeln, um so im deutschen Wissenschaftssystem den Hochschulen vergleichbare Positionen wie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen einzuräumen,
- dafür Sorge zu tragen, dass Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen künftig enger miteinander vernetzt werden;
- den Aufbau von Infrastrukturzentren zur gemeinsamen Nutzung durch Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen voranzutreiben;
- gemeinsam mit den Ländern einen Hochschulpakt zu vereinbaren, dessen Laufzeit über mehrere Legislaturperioden angelegt sei und der die Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden besser berücksichtige;
- die Förderlinie Exzellenzcluster (EXC) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur projektförmigen Förderung international wettbewerbsfähiger Forschungsfelder in Universitäten bzw. Universitätsverbänden weiterzuentwickeln und einen entsprechenden Mittelaufwuchs im Bundeshaushalt vorzusehen;
- Maßnahmen zur Stärkung der Promotion innerhalb strukturierter Promotionsprogramme durch Graduiertenschulen und Graduiertenkollegs an forschungsstarken Hochschulen in Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu unterstützen sowie
- neuartige Möglichkeiten über das Emmy-Noether-Programm hinaus für leistungsstarke junge Forscher zu schaffen, selbständig eigene Forschungen zu betreiben (Integration von Nachwuchsgruppen).

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP ist der Ansicht, dass Spitzenqualität in Hochschulforschung und Forschungseinrichtungen für den Erfolg und die Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland, und damit für Beschäftigung und Zukunftsperspektiven der Menschen, von zentraler Bedeutung ist. Dafür brauche Deutschland Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher.

Um die Wissenschaftler zu gewinnen, müssten die deutschen Talente bestmöglich gefördert werden. Darüber hinaus müssten zum einen exzellente Wissenschaftler aus anderen Ländern gewonnen und dann gehalten werden („Brain Gain“) und zum anderen, deutsche Wissenschaftler, die in den USA und anderen Ländern forschten, für Deutschland zurückgewonnen werden. Dafür müsse Deutschland deutlich mehr tun als bisher. Deutschland stehe in einem scharfen internationalen Wettbewerb. Auch andere Länder wie die Schweiz, Kanada, Schweden, USA, Israel oder China wüssten um die hohe Bedeutung der führenden Köpfe in Wissenschaft und Forschung. Deutschland müsse beste Forschungs- und Arbeitsbedingungen sowie stabile Perspektiven an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bieten. In jedem Fall müsste Deutschland vermeiden, dass Spitzenkräfte dauerhaft aus Deutschland fortziehen („Brain Drain“). Auch wenn aktuelle Zahlen leider fehlten, seien es – wie aus früheren Untersuchungen deutlich werde – häufig gerade die Besten, die Deutschland verlassen oder nicht nach Deutschland zurückkehren würden.

Durch verschiedene Initiativen der letzten Jahre in Wissenschaft und Wirtschaft sei zwar die Reputation Deutschlands unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gestiegen. Allerdings gebe es bei der Zahl bzw. Gewinnung und Bindung von Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern, bei der Intensität von Innovationen und der Position bei Zukunftstechnologien, beim Transfer von Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft sowie beim Frauenanteil unter Spitzenforschern noch deutlich „Luft nach oben“.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung u. a. auffordern:

- eine Nationalen Agentur für Wissenschaftliches Talent (National Agency for Scientific Talent) aufzubauen, die modernste Methoden der Personalrekrutierung in der Wirtschaft und der Headhunting-Branche für die Personalgewinnung von Top-Wissenschaftlern und Wissenschafts-Talenten nutze;
- ein „Frühwarnsystem“ aufzubauen, das einerseits aufkommende frühe Trends in der Wissenschaft und Forschung sowie Gründungen, Patente und webbasierte Indikatoren von Beginn an identifiziert beziehungsweise sichtbar mache und andererseits Wanderungsbewegungen von Wissenschaftlern anzeige, damit Deutschland bereits zu Beginn neuer Entwicklungen agieren könne;
- eine qualifizierte Studie zur aktuellen Zusammensetzung des wissenschaftlichen Personals in Deutschland zu initiieren, um die Push- und Pull-Faktoren zu identifizieren;
- das „German Academic International Network“ (GAIN) welches bisher auf Nordamerika beschränkt sei passgenau auf Europa, beispielsweise die Schweiz und Österreich sowie auf Asien zu übertragen. Dieses biete auch über diverse außeruniversitäre Forschungseinrichtungen Programme für deutsche Wissenschaftler, die nach Jahren im Ausland nach Deutschland zurückkehren möchten;
- Programme der Alexander von Humboldt-Stiftung für international ausgewiesene Wissenschaftler, Nachwuchsgruppenleiter und erfahrene Wissenschaftler sowie gefährdete Wissenschaftler fortzuführen und auszubauen;
- Programme des DAAD zur Gewinnung vielversprechender Nachwuchswissenschaftler zielgerichtet weiterzuentwickeln;
- die Internationalisierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen voranzutreiben und an internationale Standards anzupassen;
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Gestaltung erfolgreicher Integration international Studierender in das deutsche Studium zu unterstützen sowie
- insbesondere in den MINT-Disziplinen darauf einzuwirken, dass der Frauenanteil in den wissenschaftlichen Leitungspositionen deutlich stärker als bisher wachse.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Ansicht, dass die Menschheit heute vor Herausforderungen steht, die schon lange nicht mehr an Landesgrenzen halt machen. Auf gewaltsame Konflikte, Vertreibung, Klimakrise armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten könne es daher nur internationale, gemeinsame Antworten geben. Aufgabe der Politik müsse es sein, die besten Bedingungen für Spitzenforschung und den freien Austausch der Gedanken zu schaffen, damit in Deutschland die klügsten Köpfe an den Lösungen für zukünftige Herausforderungen arbeiteten. Bei der Spitzenforschung dürfe es nicht um einen nationalen Wettlauf oder egoistische Nützlichkeitsüberlegungen gehen, die die Abwanderung dringend benötigter Experten aus strukturschwächeren Regionen verstärke. Die Unterstützung von „Brain Circulation“ auf Augenhöhe und in beide Richtungen gehöre stärker in den Mittelpunkt multilateraler, weltweiter Wissenschaftskooperationen, damit alle beteiligten Gesellschaften profitierten.

Viele Wissenschaftler hätten jedoch auch andere Prioritäten und Zielländer für ihre Studien- und Forschungsaufenthalte. Denn oftmals seien die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern noch attraktiver und die administrativen sowie ausländerrechtlichen Hürden wesentlich niedriger. Dabei seien auch die mangelnde aufenthaltsrechtliche Flexibilität im Wechsel zwischen verschiedenen Bildungs- und Arbeitswegen, sowie die fehlende Berücksichtigung zirkulärer Migration unattraktiv. Diesen Zustand gelte es zu beenden, um internationale Wissenschaftler nicht abzuschrecken und hinzuhalten, sondern als weltoffene kreative Wissenschaftsnation einzuladen.

An den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bestünden vielfältige Willkommensinfrastrukturen, die es weiterzuentwickeln gelte. Um kluge Köpfe zu halten, bedürfe es ferner attraktiverer, besser planbarer Karrierewege. Damit entstünden auch Anreize für deutsche Wissenschaftler, nach einem Auslandsaufenthalt wieder ins deutsche Wissenschaftssystem zurückzukehren. Dafür müssen die Beschäftigungsbedingungen noch attraktiver gemacht und verlässliche Karrierewege auch neben der Professur angeboten werden. Dabei sei

insbesondere darauf zu achten, Frauen und Personen aus unterrepräsentierten Gruppen in der Wissenschaft stärker zu fördern.

Die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit müsse zu einem wichtigen Ziel der deutschen Außen- und Menschenrechtspolitik gemacht werden. Dazu solle das Thema an den deutschen Auslandsvertretungen personell flächendeckend besser verankert werden. Zudem müsse die Bundesregierung verfolgte und geflüchtete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterstützen und diesen verstärkt Perspektiven bieten.

Die Internationalisierung des Wissenschaftssystems müsse gezielt vorangetrieben und die Attraktivität der Studien- wie Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Forschung in Zusammenarbeit mit den Ländern verbessert werden.

Hierzu solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. auffordern:

- angesichts der weltweiten Konkurrenz um wissenschaftliches Personal auf Austausch und Kooperation statt auf Abwerbung oder Abschottung zu setzen und gezielt Auslandsaufenthalte zu fördern;
- die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems stärker im Ausland bekannt zu machen und Rückkehrprogramme für deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im Ausland auszubauen;
- das Wissenschaftszeitvertragsgesetz dahingehend zu reformieren, verlässliche Karriereperspektiven und bessere Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen, indem mehr Dauerstellen für Daueraufgaben, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, zusätzliche Tenure-Track-Stellen frühzeitig nach der Promotion und unbefristete Karrierewege neben der Professur geschaffen werden;
- eine international wettbewerbsfähige Strategie für mehr Geschlechtergerechtigkeit und die Teilhabe marginalisierter und unterrepräsentierter Gruppen im Wissenschaftsbereich zu entwickeln und umzusetzen;
- sich für den deutlichen Ausbau des Erasmus+ Programms für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende einzusetzen;
- die Willkommensinfrastruktur für internationale Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie Studierende zu befördern;
- die administrativen sowie ausländerrechtlichen Regelungen für Einreise, Studium, Arbeitssuche, Arbeit und anschließender Aufenthaltsverfestigung unbürokratisch, flexibel, transparent und anwenderfreundlich zu gestalten und dabei die Bedürfnisse der Einwandernden in den Blick zu nehmen;
- die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfacht und derart beschleunigt, dass die gesetzlich vorgesehene Frist von drei Monaten eingehalten sowie das Anerkennungsverfahren kostengünstiger gestaltet wird;
- die Personalkapazität des Auswärtigen Amtes dahingehend aufzustocken, dass alle deutschen Auslandsvertretungen und Konsularabteilungen eingehende Visaanträge zügig und innerhalb angemessener Zeiträume bearbeiten können und dass Wissenschaftspolitik als Schwerpunkt verankert werde;
- der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) weiterhin eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen und diese regelmäßig und verlässlich zu erhöhen;
- die Philipp Schwartz-Initiative zum Schutz gefährdeter Forscher verlässlich fortzusetzen und die Platzzahl zu verdoppeln sowie
- gefährdete Studierende und Forschende sowie asylsuchende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beim Übergang in das deutsche Wissenschaftssystem bei Bedarf zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6424 empfohlen.

Der **Ausschuss für Digitale Agenda** hat in seiner Sitzung am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6424 empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5077 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5077 empfohlen.

Der **Ausschuss für Digitale Agenda** hat in seiner Sitzung am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5077 empfohlen.

Zu Buchstabe c

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6426 empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 3. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6426 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Anträge in seiner 23. Sitzung am 3. April 2019 beraten. Er empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6424 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5077 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6426 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass die Talentlücke immer größer werde. Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) bezweifle, dass die geplanten 100 KI-Professuren überhaupt in der erforderlichen Qualität gewonnen werden könnten. Zudem zeige die Studie des Stifterverbandes, dass bis 2023 700 000 Technologiespezialisten fehlten. Es fehlten daher wissenschaftliche Talente nicht nur „in der Spitze“ sondern auch „in der Breite“. Allerdings sei der Gewinn von Spitzentalenten entscheidend, da diese weitere Spitzen- und Nachwuchstalente anziehen würden – wie ein „Talentmagnetismus“.

Wie im Antrag ausgeführt, brauche man einen Frühwarnradar für die Wanderungsbewegungen der besten Forscher und Innovatoren sowie für die Deep Tech- und Hightech-Gründungsszenen. Verlage wie „Elsevier“ bekämen es im Unterschied zum BMBF seit langem sehr gut hin, Wanderungsbewegungen der Forscher – aber auch Zitationscluster und Patente – in Realzeit zu erfassen und damit frühzeitig zu erkennen, wo neues Talent gebraucht werde oder wo Kompetenzen fehlten bzw. wo sie sich im Augenblick konzentrieren.

Die FDP-Fraktion fordere zudem eine nationale Agentur für wissenschaftliches Talent. Diese sollte keine Personalvermittlungsgesellschaft im klassischen Sinne, sondern eine Serviceagentur „on demand“ sein. Denn die allerwenigsten Universitäten und Hochschulen in Deutschland könnten es sich leisten, global zu rekrutieren. Es sei bekannt, dass die Suche nach Forscherinnen und Forschern häufig nach dem Prinzip verlaufe, wen man in der eigenen Community kenne. Daher würde eine nationale Agentur für wissenschaftliches Talent die vorhandene, sichtbare Bandbreite an Toptalenten deutlich erweitern und die Exzellenz in der Forschungskultur fördern.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkt die FDP-Fraktion an, dass dieser in die richtige Richtung gehe. Es sei allerdings widersprüchlich, auf der einen Seite den Wettbewerb abzulehnen und auf der anderen Seite Anreize zu setzen, um deutsche Forscher zurückzuholen und somit den Wettbewerb zu befördern. Zudem werde zu wenig Fokus auf Exzellenz und zu viel Fokus auf die Breite gelegt. Vieles in dem Antrag sei jedoch richtig, sodass sich die FDP-Fraktion enthalten werde.

Im Antrag der AfD-Fraktion sei hingegen wenig Richtiges enthalten. So sei das Thema der Studiengebühren für zahlungsfähige ausländische Studierende zwar überlegenswert, die übrigen Forderungen, beispielsweise einen Hochschulpakt über mehrere Legislaturperioden hinzuziehen, ergäben jedoch wenig Sinn. Hiermit würde die Kontrolle des Parlaments beeinträchtigt. Bei der geforderten Gleichstellung von außeruniversitären Einrichtungen und den Hochschulen werde deren Unterschiedlichkeit, die die jeweiligen Stärken stärke, außer Acht gelassen und stattdessen die Profile nivelliert. Außerdem fehle die Willkommenskultur, was nicht verwunderlich sei. Daher werde die FDP-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** erwidert, dass es an deutschen Universitäten seit Jahren eine gute Willkommenskultur gebe, sodass man diese nicht noch einmal explizit betonen müsse.

Sie merkt an, dass die drei antragstellenden Fraktionen in der Analyse nicht weit voneinander entfernt seien. So sei übereinstimmend festgestellt worden, dass Deutschland nach wie vor im Vergleich zu seinen Möglichkeiten relativ wenig internationale Spitzenforscher anziehe und man gute deutsche Forscher verliere. Die Fraktion der AfD ist der Ansicht, dass Internationalisierung in diesem Kontext nicht als Selbstzweck verstanden und behandelt werden sollte. Es sei für den Forschungsstandort Deutschland genauso wichtig, einen deutschen Topwissenschaftler in Deutschland zu halten oder ihn nach einer Zeit im Ausland wieder zurückzuholen. Dies gelinge in Deutschland leider fast nur den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Universitäten seien hier nach wie vor nicht so gut aufgestellt. Dies sei auch Folge von Strukturproblemen, die eine links und sozialistisch ausgerichtete Hochschulpolitik über Jahre hinweg erzeugt habe. So fänden Hochschullehrer im Vergleich zu Universitäten in anderen Ländern häufig zusätzliche Belastungen bei der Lehre und ein schlechteres Forschungsumfeld vor, was an anderer Stelle kompensiert werden müsse. Auch das Thema Gehalt spiele eine Rolle, da man für Spitzenleute auch Spitzengehälter benötige. Es gebe in Deutschland ein gutes Lebensumfeld, welches für viele Wissenschaftler attraktiv sei, sich im Wissenschaftsbereich jedoch noch verbessern könnte. Entscheidend sei auch das Renommee der Stelle, für die man arbeite. Hier habe die Max-Planck-Gesellschaft eine Spitzenposition, bei den Universitäten gebe es allerdings noch Verbesserungspotential. Die Politik müsse sich hier auf die Faktoren konzentrieren, die man – auch mit Hilfe von Geld – kurzfristig und gut beeinflussen könne.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt die AfD-Fraktion, dieser sehe vor, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu reformieren und so mehr Dauerstellen, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse und Tenure-Track-Stellen zu schaffen. Dies sei von der Idee her richtig, stelle aber einen Widerspruch zur Intention des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes dar. Man müsste daher konsequenterweise eher darüber nachdenken,

dieses gänzlich abzuschaffen. Zudem vermische der Antrag das Thema Forschungsförderung mit weiteren ideologischen Ideen zur „Welt-, Menschheits- und Gesellschaftsverbesserung“, welche in diesem Kontext fehlplatziert seien. Die Fraktion der AfD lehne den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgrund seiner „ideologischen Überfrachtung“ ab.

Der Antrag der FDP überrasche durch Vorschläge, die erheblichen bürokratischen Aufwand bedeuten würden. Dies betreffe insbesondere den Aufbau einer nationalen Agentur für wissenschaftliches Talent. Die Fraktion der AfD werde daher auch diesen Antrag ablehnen.

Die AfD-Fraktion weist abschließend auf die Vorzüge ihres Antrags hin. Man brauche eine Außenwissenschaftspolitik, man müsse das Thema Wissenschaftsförderung auch mit der Einwanderungspolitik verknüpfen und man benötige Infrastrukturzentren zur gemeinsamen Nutzung durch Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legt dar, dass sich die AfD-Fraktion selbst enttarnt habe, da sie wenig zum eigenen Antrag, welcher substanzlos sei, habe sagen können und sich vielmehr an den Anträgen der anderen Fraktionen abgearbeitet habe. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei keine Position der AfD zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz bekannt, insofern sei es interessant, dass diese sich mit Ansätzen anderer Fraktionen auseinandersetze. Die AfD-Fraktion habe sich durch ihre Beiträge im Plenum und im Ausschuss als Fürsprecherin für freie Wissenschaft disqualifiziert. Hier sei deutlich geworden, dass die AfD-Fraktion für weniger Austausch und mehr Exklusion an deutschen Hochschulen stehe. Den Antrag könne man aufgrund der Substanzlosigkeit nur ablehnen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig, dass Wissenschaft von jeher Grenzen überwunden habe – in den Köpfen durch bahnbrechende Ideen und zwischen Staaten durch internationalen Austausch. Dieser Austausch sei heute wichtiger denn je, da die Freiheit der Wissenschaft in vielen Staaten bedroht sei. Aus diesem Grunde sei deutsche Wissenschaftspolitik und Außenwissenschaftspolitik gefragt, richtige Rahmenbedingungen zu setzen. Hierbei sei es wichtig, dass nicht egoistische Nützlichkeitsinteressen im Vordergrund stünden, sondern „Brain-Circulation“ auf Augenhöhe befördert werde. Man sei froh darüber, dass Deutschland drittbliebtestes Gastland für internationale Wissenschaftler sei und als Gastland für internationale Studierende auf Platz vier liege. Dies zeige, dass Deutschland bereits ein attraktiver Studien- und Wissenschaftsstandort sei. Man müsse trotzdem selbstkritisch bleiben, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag bessere Bedingungen für Spitzenforschung in Deutschland fordere. So benötigten Wissenschaftseinrichtungen bei der Gewinnung von Spitzenkräften mehr Flexibilität im Sinne des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes. Hier gehe es um die Bezahlung und die Frage der Ausgestaltung von Lehrverpflichtungen.

Ein zweiter Punkt sei die Chancengerechtigkeit von Frauen in der Wissenschaft. Hier sei Deutschland international nicht konkurrenzfähig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Angebote wie „Dual Career Couples“-Programme und konkrete Zielquoten seien dringend auszubauen, um für mehr Chancen und mehr Diversität zu sorgen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert dafür, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu überarbeiten, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen und mehr Dauerstellen für Daueraufgaben zu schaffen. Zudem sollten bei der Verstetigung des Hochschulpaktes zusätzliche Tenure-Track-Professuren und mehr unbefristete Karrierewege auch neben der Professur eingeplant werden. Für die Auslandsmobilität deutscher Forscherinnen und Forscher sowie Studierender sei es wichtig, das Auslands-BAföG zu verbessern und Erasmus+ auszubauen.

Selbstverständlich müsse man die „Willkommensinfrastrukturen“ an den deutschen Hochschulen insbesondere in Bezug auf den Spracherwerb und die internationalen Büros weiterentwickeln, damit studentisches Leben noch globaler werde. Dabei sei es auch wichtig, die administrativen und ausländerrechtlichen Voraussetzungen für die Einreise zum Studium und zur wissenschaftlichen Arbeit deutlich zu verbessern. Insbesondere müssten Visa-Anträge schneller bearbeitet und die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfacht werden. Bei den 17 Bundes- und Landesenerkennungsgesetzen, die es gebe, sei zwar ein wenig Beschleunigung entstanden, die gesetzlich vorgesehene Frist von drei Monaten werde jedoch häufig noch nicht eingehalten. Insgesamt stehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mehr Austausch statt Abwerbung oder Abschottung.

Ein zweiter Forderungskatalog beschäftige sich mit der Wissenschaftsfreiheit als Ziel der deutschen Außenpolitik. Hier gehe es darum, Austauschprogramme mit Ländern mit schwach ausgeprägter Wissenschaftsstruktur zu verstärken, Mittlerorganisationen angemessen zu finanzieren und flexible Fonds für verfolgte Studierende und Promovierende über die Philipp-Schwarz-Initiative hinaus – deren Platzzahl man verdoppeln wolle – einzurichten.

Zum Antrag der FDP-Fraktion führt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, dieser enthalte zwar sinnvolle Punkte, sei jedoch von Konkurrenzdruck und Standortwettbewerb sowie Management-Ausdrucksweisen wie z. B. Recruiting, Headhunting und Human Resource Management geprägt. Es sei begrüßenswert, dass das Leitbild „unternehmerische Hochschule“ nicht mehr das prägende sei, sondern man hier zu einer Ausdifferenzierung gekommen sei. Die Gründung einer nationalen Agentur für wissenschaftliche Talente sehe man besonders kritisch, da „one-size-fits-all“-Ansätze den einzelnen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen nicht gerecht würden. Daher werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt die Einigkeit in den Anträgen der Fraktionen darüber, dass es in Zukunft gelingen müsse, dem wissenschaftlichen Nachwuchs die besten Rahmenbedingungen zu bieten. Die Fraktion der CDU/CSU bedauert bei den vorliegenden Anträgen jedoch, dass diese ein extrem kritisches Bild für den Innovationsstandort Deutschland gerade im Hinblick auf den wissenschaftlichen Nachwuchs zeichnen. Die CDU/CSU-Fraktion teile diese Einschätzung nicht. Dies sei auch ein schlechtes Zeichen gegenüber dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Hier könne man durchaus positiver in die Zukunft blicken.

Die CDU/CSU-Fraktion betont, dass die Koalition bereits wichtige Punkte angestoßen habe. Man habe zum Beispiel einige neue Programme aufgelegt, wie die Verleihung der Alexander von Humboldt Professuren, bei denen es um ausländische Spitzenwissenschaftler gehe, die eine Tätigkeit in Deutschland anstrebten. Zudem gebe es die Max-Planck-Schools, bei denen man eine Marke für die Graduiertenausbildung mit internationaler Strahlkraft geschaffen habe. Ferner gebe es das Tenure-Track-Programm, durch das man nicht nur sicherstelle, dass akademische Karrierewege planbarer und transparenter würden, sondern auch, dass es in dem Bereich zu einer strukturellen Reform komme. Darüber hinaus gebe es die Strategie zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, durch die man die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, dass das Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationssystem international und besser ausgerichtet werde, auch für den weltweiten Wettbewerb. Zudem unterstütze man im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau nationaler Wissenschaftssysteme, was ein wichtiger Punkt sei.

Die CDU/CSU-Fraktion macht deutlich, dass man an diesem Punkt nicht stehenbleiben dürfe, sondern den jungen Wissenschaftlern die Punkte aufzeige, bei denen man zukünftig noch besser werden wolle. Es gebe sehr viele Punkte, bei denen man den wissenschaftlichen Nachwuchs im breiten Umfang fördern und die Internationalisierung vorantreiben wolle. So wolle man z. B. den Austausch über den DAAD und die Alexander von-Humboldt-Stiftung ausbauen und die Mobilität durch ein erweitertes Erasmus+ Programm fördern. Hier sei man mit Blick auf die europäischen Verhandlungen auf einem sehr guten Weg. Ferner solle die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen der EU und dem Vereinigten Königreich auch nach einem möglichen Brexit gefördert werden.

Bezüglich der genannten Maßnahmen gebe es daher Übereinstimmungen zu den Forderungen in den Anträgen der Opposition. Es gebe jedoch auch verschiedene Punkte in den Anträgen, denen die CDU/CSU-Fraktion nicht zustimmen könne. So bestehe aufgrund der bereits dargelegten Programme, wie zum Beispiel die Max-Planck-Schools, kein Bedarf für eine zusätzliche nationale Agentur für wissenschaftliches Talent zur Rekrutierung internationaler Spitzenkräfte, wie sie im Antrag der FDP-Fraktion gefordert werde. Zudem wäre dies mit der Hochschulautonomie, der Zuständigkeit der Länder und den Garantien des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes kaum vereinbar. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz wolle man – wie im Koalitionsvertrag beschrieben – zunächst überprüfen und dann ggf. anpassen, im Gegensatz zu der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die eine sofortige Reform fordere.

Die Fraktion der CDU/CSU hält fest, dass sie die Anträge ablehnen werde, da man einige der angesprochenen Punkte bereits umsetze und die übrigen nicht für notwendig erachte.

Die **Fraktion DIE LINKE** macht auf das Problem aufmerksam, dass die meisten jungen Akademikerinnen und Akademiker sowie Forscherinnen und Forscher in Deutschland kaum eine Chance auf eine Karriere an der Hochschule sähen. Die Hauptursache hierfür sei, dass es viel zu wenig tarifliche bezahlte und unbefristete Stellen unterhalb der Professur gebe und nur sehr wenige sich Chancen auf eine Professur ausrechnen könnten. Die Fraktion begrüßt, dass dieses Thema mittlerweile parteiübergreifend angekommen sei und hofft insofern auf eine positive

Entwicklung für diejenigen, die im Wissenschaftssystem arbeiteten. Sie erinnert an das Templiner Manifest der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vom September 2010, mit dem die GEW das Thema Berufsperspektiven in Wissenschaft und Forschung auf die politische Agenda gesetzt und berechenbare Karrierewege sowie bessere Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung gefordert habe. Dies habe Wirkung gezeigt. Die Zahlen an Befristungen, Kettenbefristungen, unfreiwilliger Teilzeit – mit halben, viertel oder achteil Stellen – seien alarmierend gewesen. Diese Zahlen seien derzeit immer noch hoch, weshalb die akademische Laufbahn für viele in Deutschland nicht attraktiv sei. Die Fraktion die LINKE. stellt fest, dass diese Beschäftigungspolitik nicht nur respektlos gegenüber Forscherinnen und Forschern, Lehrbeauftragten und anderen sei, sondern dass sie sich auch negativ auf die Qualität des Studiums und auf die Kontinuität in der Forschung auswirke.

Aus Sicht der Fraktion die LINKE. erfahre der Antrag der AfD-Fraktion am wenigsten Zustimmung. Zwar sei in der Überschrift die Rede davon, die Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses zu adressieren, allerdings sei im Antrag keine einzige Forderung enthalten, wie sich die Situation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern tatsächlich verbessern ließe. Stattdessen gebe es viel Polemik gegen Ausländerinnen und Ausländer und gegen das Ausland im Allgemeinen. Auch die von der AfD in der Plenardebatte angeführten Zahlen seien nicht korrekt gewesen. Man habe das Gefühl, die AfD biege die Zahlen solange, bis es in ihre Ideologie passe, da die angeführten Zahlen die Argumentation gegen das Ausland untermauert hätten. Zudem sei der Antrag „handwerklich“ schlecht geschrieben.

Die Fraktion die LINKE. begrüßt die Aussage im Antrag der FDP, dass niedrige Kosten des Hochschulstudiums, kostenlose Schulbildung und eine preisgünstige Krankenversicherung Standortvorteile seien. Aus Sicht der Fraktion die LINKE. gebe es in diesem Zusammenhang noch einiges zu verbessern und auszubauen, damit Deutschland tatsächlich ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort werde, nicht nur für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Fraktion die LINKE. legt dar, dass es nicht ausreichend sei, international nur die erfolgreichsten Forscherinnen und Forscher abwerben zu wollen. Der Versuch der FDP-Fraktion, unternehmerisches Denken auf Wissenschaft und Forschung zu übertragen, enge die wissenschaftliche Freiheit ein, da beispielsweise bestimmte Fächergruppen und Forschungsfelder keinen monetären Nutzen generierten, den sich Unternehmen individuell aneignen könnten. Zudem fehle im Antrag gemessen an dessen Gesamtumfang eine ausreichende Auseinandersetzung mit dem Thema Beschäftigungsbedingungen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehe in den meisten Punkten genau in die richtige Richtung. Dieser setze den Akzent richtigerweise auf Kooperation statt auf Konkurrenz. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. sei Kooperation notwendig, um die heutigen und auch künftigen großen Herausforderungen, wie zum Beispiel den Klimawandel, zu bestehen. Dafür brauche es Rahmenbedingungen, damit ein freier Austausch von Gedanken über Ländergrenzen hinweg erfolgen könne. Zudem brauche es, wie ausgeführt, Dauerstellen für Daueraufgaben, was z. B. die Lehre und Verwaltungsaufgaben betreffe. Auch der Akzent Geschlechtergerechtigkeit sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. im Antrag richtig gesetzt. Teilweise störe jedoch die Rhetorik im Antrag. So gehe es nicht immer um die klügsten Köpfe und um die begabtesten Talente. Viele Talente könnten sich erst entfalten, wenn sie vernünftige Rahmenbedingungen bekämen. Sie betont, dass Spitzenforschung auch und vor allem aus der Breite heraus entstehe. Trotzdem werde man dem Antrag zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** stellt fest, dass sich in Deutschland in den letzten Jahren in vielen Bereichen der internationalen akademischen Mobilität viel getan habe und zudem vieles in Planung sei. Es sei entscheidend, in den Ländern, in den Kommunen, an den Universitäten und Hochschulen sowie an außeruniversitären Einrichtungen eine aktive Willkommenskultur zu leben, Internationalisierungsstrategien der Hochschulen zu unterstützen und die Mittel der Mittlerorganisationen weiterhin zu fördern.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass Deutschland mit 370 000 internationalen Studierenden einen neuen Höchstwert erreicht habe, welches ein sehr wichtiger Faktor sei. Damit sei das Ziel, welches sich Bund und Länder gesetzt hätten, bereits vollständig erfüllt. In Sachsen-Anhalt z. B. habe es 2017 mehr als 7 000 internationale Studierende an den Hochschulen und Universitäten gegeben. Damit komme in Sachsen-Anhalt jeder siebte Studierende aus dem Ausland. Vor zehn Jahren sei dieser Wert deutlich geringer gewesen. Zudem belege eine neue Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), dass 26 der bundesweit 41 schrumpfenden Hochschulstandorte bereits heute einen deutlichen Zuwachs an internationalen Studierenden verzeichneten. Die Fraktion der SPD stellt fest, dass die Internationalisierung zu einem harten Standortfaktor geworden sei, da in Anbetracht des drohenden Fachkräftemangels in vielen Bereichen längerfristig neben den Hochschulstandorten auch regionale Wirtschaftsstandorte hiervon profitierten. Eine aktuelle Studie der Friedrich-

Ebert-Stiftung belege, dass 63 Prozent der Deutschen einer Einwanderung von Fachkräften offen gegenüber stünden. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, den Koalitionsvertrag diesbezüglich bald umzusetzen und ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz einzuführen.

Zum Antrag der FDP-Fraktion führt die Fraktion der SPD aus, dass dieser zu sehr auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sei. Natürlich habe man ein Interesse daran, dass Deutschland ein starker Wissenschaftsstandort sei und bleibe, und natürlich gehe es darum, Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher zu gewinnen und zu halten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien jedoch nicht nur Forscherinnen und Forscher, sie seien auch Menschen, die ihr Leben planen und Familien hätten. So sei z. B. bei Gesprächen mit forschenden Medizinerinnen und Medizinern (Clinical Scientist) deutlich geworden, dass es das wichtigste sei, Forschung, Arbeit in der Klinik und Privatleben in Einklang zu bringen. Deshalb wolle man in einem neuen Clinical Scientist-Programm die Bedingungen für Hochschulmedizin und junge Ärztinnen und Ärzte verbessern. Generell werde in Deutschland im Bereich des wissenschaftlichen Umfelds sehr viel für die Gewinnung von wissenschaftlichem Personal getan. So habe man in den letzten Jahren die Mittel der großen Wissenschaftspakte – Hochschulpakt, Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation – erhöht, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärke. Weitere Beispiele seien Tenure Track Professuren sowie die strategische Gewinnung von Wissenschaftlern an Hochschulen.

Der Antrag der FDP-Fraktion sei abzulehnen, da dieser die Einrichtung einer nationalen Agentur für wissenschaftliche Talente vorsehe, welche im Licht der Hochschulautonomie, der Zuständigkeit der Länder und des Wissenschaftszeitvertragsgesetz unzulässig und systemfremd sei.

Die Fraktion der SPD greift auf, dass der Antrag der AfD-Fraktion kritisch darauf verweise, Deutschland sei als Studienstandort aufgrund des kostenlosen Studiums so attraktiv. Die SPD-Fraktion kritisiert diese Ansicht, da Gebührenfreiheit als Standortvorteil gesehen werde und eine Maßnahme für mehr Gerechtigkeit sei. Sie sei gespannt auf die Vorstellungen der AfD-Fraktion in Bezug auf ein Einwanderungsgesetz, welches diese fordere. Bei einer Podiumsdiskussion mit einem AfD-Abgeordneten habe dieser gesagt, die AfD sei für ein Einwanderungsgesetz, aber nicht aus kulturfremden Ländern. Nach der Ansicht der AfD dürfte der Abg. Kramba Diaby (SPD) als promovierter Chemiker, Geo-Ökologe, der fünf Sprachen spreche, nicht nach Deutschland einreisen, weil er aus einem für die AfD kulturfremden Land komme.

Die SPD-Fraktion teile viele Punkte im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Insbesondere begrüße sie die Forderung nach Erleichterungen bei der Erteilung von Visa, da die Verfahren sehr bürokratisch in diesem Bereich seien.

Berlin, den 3. April 2019

Katrin Staffler
Berichterstatlerin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatter

